

Beweisantrag

Zum Beweis der Tatsache, dass

das Handeln von Politiker*innen, RWE oder der Polizei nicht dazu in der Lage ist, der Klimakrise angemessen zu begegnen

beantrage ich

1. die Ladung und Anhörung des Zeugen

Herr Dr. Frank Weigand, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG

zu laden über:

RWE Power AG

Arenbergstr. 45

45329 Essen

2. die Ladung und Anhörung der Zeugin

Frau Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin

zu laden über:

Bundeskanzleramt

Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

3. die Ladung und Anhörung des Zeugen

Herr Armin Laschet, Ministerpräsident von NRW

zu laden über:

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1

40213 Düsseldorf

4. die Ladung und Anhörung des Zeugen

Herr Dirk Weinspach, Polizeipräsident Aachen

zu laden über:

Trierer Straße 501

52078Aachen

Erläuterung:

Um zu beweisen, dass weder das Handeln der Politiker*innen noch RWE oder der Polizei, der Klimakrise angemessen ist, das heißt zu veranlassen, dass die Kohleverstromung sofort eingestellt wird, werden wir die benannten Zeug*innen folgendes fragen:

Herr Weigand, am 25.2.2019 haben wir eine Kundgebung vor dem Kraftwerk Weisweiler abgehalten, in der wir unter anderem die sofortige Abschaltung des Kraftwerks gefordert haben. Hat dies Sie oder andere Befugte in ihrem Unternehmen dazu bewegt Kraftwerksblöcke zu drosseln oder herunterzufahren?

Frau Merkel, wenn wir Ihnen heute einen Brief schreiben, einen Podcast vorspielen, sie zu einem Vortrag oder einer Podiumsdiskussion einladen würden, ihnen sämtliche unserer Argumente und die wissenschaftlichen Gutachten vorlegen würden, warum Deutschland sofort aufhören muss Kohle zu

verbrennen, würde das Sie oder andere Befugte dazu bewegen, die Verstromung von Kohle in Deutschland noch heute zu beenden?

Herr Laschet, am 6. Oktober 2018 fand nur ein paar Kilometer von hier eine Demonstration mit rund 50 000 Teilnehmenden für den Erhalt des Hambacher Waldes und gegen die Verstromung von Braunkohle im Allgemeinen statt. Hat dies Sie oder andere Befugte dazu bewegt, RWE an der weiteren Verbrennung von Kohle in NRW zu hindern?

Herr Weinspach, fällt Ihnen irgendeine nicht strafrechtlich relevante Handlung ein, mit der wir RWE dazu bewegen könnten, Kraftwerksblöcke zu drosseln oder herunterzufahren? Würden Sie mit ihrer Behörde selbst dafür sorgen, dass die Kraftwerksblöcke heruntergefahren werden, durch die Leib, Leben, Eigentum und andere Rechtsgüter von Menschen bedroht sind?

Nach dieser Befragung werden wir sehen, dass weder die Verantwortlichen bei RWE, noch in der Politik oder bei der Polizei selbst handeln oder sich durch Demonstrationen, Petitionen und ähnliches zum Handeln animieren lassen. Daher bleibt es dabei: Kohleausstieg ist Handarbeit!

Wir sehen außerdem, dass das aktuelle Handeln der Politiker*innen auf Bundes- und UN-Ebene nicht dazu führt, die Klimakrise aufzuhalten. Das liegt allerdings nicht (ausschließlich) am Unwillen oder der Unfähigkeit der aktuellen Regierung. Vielmehr zeigt sich darin vor allem ein systemisches Problem. Regierungen sind eng mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise verzahnt. Der Kapitalismus ist ein Konsum- und Produktionsmodell, das darauf ausgelegt ist unbegrenzt zu wachsen. Erwirtschaften Unternehmen Profit, muss dieser reinvestiert werden um für Wachstumsraten zu sorgen. Um mehr zu produzieren, unabhängig davon ob die Produkte gebraucht werden oder nicht, werden Ressourcen und Energie verbraucht. Um zu wachsen muss der Verbrauch von Rohstoffen und Energie permanent erhöht werden. Durch die uferlose Vermehrung des eingesetzten Kapitals wird auch die ökologische Krise vorangetrieben. Die Regierung ist diesem Wirtschaftsmodell verpflichtet und sorgt dafür das es aufrechterhalten wird.

Auch auf lokalpolitischer Ebene besteht ein enger Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft. Ein Beispiel hierfür ist, dass 130 Kommunen, Zweckverbände und kommunale Unternehmen gemeinsam einen Anteil von ca. 24% an RWE halten und ihr wirtschaftliches Auskommen über Dividende direkt an die Gewinne von RWE gekoppelt ist. „RWE schüttet dieses Jahr keine Dividende aus? Dann können wir den Kindergarten auch nicht renovieren.“ So haben Politiker*innen ein Interesse daran, dass RWE finanziell gut dasteht, und damit auch die Kommunen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit ihrer Wiederwahl.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Unfähigkeit der Politiker*innen die Klimakrise aufzuhalten in systemischen Ursachen liegt, ist es keine Option, z.B. die Grünen zu wählen und darauf zu hoffen, dass eine Partei den Klimawandel durch andere Politik stoppt. Auch werden Demonstrationen, die die Regierenden zum Handeln auffordern oder Petitionen nicht allein dafür sorgen, dass Politiker*innen der Klimakrise angemessen handeln, weil dies im bestehenden System gar nicht möglich ist. Daraus folgt, dass es nötig ist, z.B. die Verbrennung fossiler Rohstoffe durch direkte Aktionen selbst zu stoppen. Die hier verhandelte Blockade ist ein kleiner Beitrag dazu. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, dass andere Formen des Protests und des Widerstands nicht wichtig, nötig, hilfreich oder angemessen wären. Gerade die Unterschiedlichkeit der Aktionsformen ist eine große Stärke der Klimagerechtigkeitsbewegung!

Relevanz für den Prozess:

Aufgrund der Handlungsunfähigkeit der Regierung war bzw. ist die Unterbrechung des laufenden Betriebs durch die hier verhandelte Blockade gerechtfertigt.